Satzung

über die Errichtung und Unterhaltung der Übergangsheime und Notunterkünfte für Aussiedler/-innen und ausländische Flüchtlinge der Stadt Vlotho vom 15.12.1993

(nach dem Stand der 30. Änderung – 33. Satzung vom 15.12.2023 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho *)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV. NRW. S. 245) - SGV NRW. 2023 -, der §§ 1, 5 und 6 des Landesaufnahmegesetzes - SGV NW 24 -, der §§ 1, 2 und 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - SGV NW 24 - und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - SGV NW 610 und SGV NW 2020 - in der jeweils zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Vlotho in seiner Sitzung am 13.12.2002 folgende Satzung über die Errichtung und Unterhaltung der Übergangsheime und Notunterkünfte für Aussiedler/-innen und ausländische Flüchtlinge beschlossen:

§ 1

Allgemeines und Begriffsbestimmungen

- (1) Die Stadt Vlotho unterhält zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern
 - a) die Übergangsheime
Steinbrinkstr. 9 und 9a,
Jägerortstr. 21 und 23,
Bredenstr. 16,
 - b) die Notunterkünfte mit mittlerer Ausstattung
Schulgarten 19,
Möllberger Str. 43 A (neu),
Bretthorststr. 74,
 - c) die Notunterkünfte mit einfacher Ausstattung
Möllberger Str. 43 (alt).
- (2) Bei Anwendung dieser Satzung sind die nachfolgenden Begriffe zugrunde zu legen:
 - a) Übergangsheime sind größere Wohneinheiten, in denen Familien und Einzelpersonen die ihnen zugewiesenen Wohn-/Schlafräume, Küchen sowie Sanitäreinrichtungen zur gemeinschaftlichen Benutzung entgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Die Übergangsheime im gesetzlichen Sinne müssen vom Regierungspräsidenten als solche anerkannt sein.
 - b) Benutzungsgebühren im Sinne dieser Satzung sind Geldleistungen für die Inanspruchnahme eines Übergangsheimes. Die Gebühren werden für die Möglichkeit der Nutzung der Wohn-/Schlafräume und der Gemeinschaftsräume erhoben.

- c) Verbrauchsabhängige Kosten sind insbesondere die Kosten für elektrische Energie, Gas, Frischwasser, Heizung usw..
- d) Benutzer/-innen sind alle Personen, denen eine Unterkunft in einem Übergangsheim zugewiesen ist.

§ 2

Rechtsform und Zweckbestimmung

- (1) Die Übergangsheime sind nicht rechtsfähige öffentliche Anstalten.
- (2) Das Benutzungsverhältnis zwischen der Stadt Vlotho und den Benutzern/-innen ist öffentlich-rechtlich.
- (3) Ein Anspruch auf Unterbringung oder Verbleib in einem bestimmten Gebäude besteht nicht.
- (4) Durch den Betrieb und die Unterhaltung der Übergangsheime werden ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt. Die Gemeinnützigkeit besteht darin, dass Aussiedler/-innen und ausländische Flüchtlinge bis zu ihrer endgültigen Versorgung mit Wohnraum ein Obdach erhalten.

§ 3

Aufsicht, Verwaltung und Ordnung

- (1) Die Übergangsheime unterstehen der Aufsicht und Verwaltung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters.
- (2) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister erlässt für jedes Übergangsheim eine Benutzungsordnung, die das Zusammenleben der Benutzer/-innen, das Ausmaß der Benutzung und die Ordnung in der jeweiligen Unterkunft regelt.
- (3) Beauftragte der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters sind berechtigt, zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Nutzung die Räume zu betreten. Bei Störung der Ordnung kann bestimmten Besuchern/-innen das Betreten der Übergangsheime auf Zeit oder Dauer untersagt werden.

§ 4

Einweisung

- (1) Unterzubringende Personen (§ 1 Abs. 1) werden durch schriftliche Einweisungsverfügung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs in ein Übergangsheim eingewiesen.
- (2) Die Stadt Vlotho soll besonderen Wünschen der Benutzer/-innen hinsichtlich der Unterbringung nachkommen, soweit das die Belegung des Hauses zulässt. Ein Anspruch auf Zuweisung einer bestimmten Unterkunft besteht jedoch nicht.

- (3) Durch die Einweisung wird zwischen der Stadt Vlotho und den zugewiesenen Personen kein Mietverhältnis i. S. der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Mieterschutzgesetzes oder anderen vergleichbaren zivilrechtlichen Vorschriften begründet.
- (4) Bei der erstmaligen Aufnahme in ein Übergangsheim erhält der Benutzer / die Benutzerin gegen schriftliche Bestätigung:
 1. die Einweisungsverfügung, in der die unterzubringende/n Person/en, das Übergangsheim und die Höhe der zu entrichtenden Benutzungsgebühren bezeichnet sind,
 2. einen Abdruck dieser Satzung und die Benutzungsordnung des jeweiligen Übergangsheimes
 3. mindestens einen Unterkunftsschlüssel.
- (5) Der Benutzer/die Benutzerin kann nach vorheriger Ankündigung mit einer Frist von 2 Tagen von einer Unterkunft in eine andere verlegt werden; bei Verlegung in ein anderes Übergangsheim gilt Abs. 4, Satz 1 sinngemäß.
- (6) Durch die Einweisung und Aufnahme in ein Übergangsheim ist jeder Benutzer/jede Benutzerin verpflichtet,
 1. die Bestimmungen dieser Satzung und der Benutzungsordnung zu beachten,
 2. den mündlichen Weisungen der mit der Aufsicht und der Verwaltung des Übergangsheimes beauftragten Bediensteten der Stadt Vlotho Folge zu leisten.

§ 5

Widerruf der Einweisung

- (1) Die Einweisung kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden, wenn der Benutzer/die Benutzerin
 1. anderweitig ausreichenden Wohnraum zur Verfügung hat,
 2. die endgültige wohnungsmäßige Unterbringung aus von ihm/ihr zu vertretenden Gründen verhindert und er/sie damit gem. § 8 des Landesaufnahmegesetzes den Anspruch auf bevorzugte Versorgung mit Wohnraum verliert,
 3. schwerwiegend oder mehrfach gegen diese Satzung, die Benutzungsordnung des jeweiligen Übergangsheimes oder die mündlichen Weisungen (§ 4 Abs. 6 Nr. 2) verstoßen hat oder sich gemeinschaftswidrig verhält,
 4. seiner/ihrer Pflicht zur Gebührezahlung nicht nachkommt,
 5. aus wichtigen Gründen, die im Einzelnen bezeichnet werden müssen, anderweitig untergebracht werden muss,

6. in seiner/ihrer Person die Gründe für die Einweisung nicht mehr erfüllt oder
7. bereits über ein Jahr in einem Übergangsheim untergebracht ist.

§ 6 Pflicht zur Räumung

- (1) Der Benutzer/Die Benutzerin hat das Übergangsheim unverzüglich zu räumen, wenn
 1. die Einweisung widerrufen wird,
 2. der Benutzer seinen/die Benutzerin ihren Wohnsitz wechselt.
- (2) Die zwangsweise Durchsetzung der Bestimmungen dieser Satzung sowie der Benutzungsordnung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Der/Die betroffene Benutzer/-in ist verpflichtet, die Kosten einer Zwangsräumung zu tragen.
- (3) Das Benutzungsverhältnis endet mit der ordnungsgemäßen Übergabe der Unterkunft und der dem Benutzer/der Benutzerin überlassenen Gegenstände an einen mit der Aufsicht und der Verwaltung des Übergangsheimes Beauftragten der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters. Die Beendigung des Benutzungsverhältnisses ist der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister rechtzeitig mitzuteilen.

§ 7 Gebührenpflicht

- (1) Die Stadt Vlotho erhebt für die Benutzung der von ihr errichteten und unterhaltenen Übergangsheime Benutzungsgebühren und verbrauchsabhängige Betriebskosten.
- (2) Gebührenpflichtig sind die Benutzer/-innen der Übergangsheime.
- (3) Die Gebührenpflicht entsteht von dem Tage an, von dem der/die Gebührenpflichtige die Unterkunft benutzt oder aufgrund der Einweisungsverfügung nutzen kann. Sie endet mit dem Tag der ordnungsgemäßen Übergabe der Unterkunft an einen mit der Aufsicht und der Verwaltung des Übergangsheimes beauftragten Bediensteten der Stadt.
- (4) Die Benutzungsgebühr ist jeweils monatlich im Voraus, bis zum 5. Werktag eines jeden Monats, an die Stadtkasse zu entrichten. Erfolgt die Aufnahme in ein Übergangsheim nicht zum Monatsersten, ist die fällige Benutzungsgebühr (Abs. 5) für den restlichen Monat im Voraus innerhalb von 5 Werktagen, gerechnet ab Bekanntgabe der Einweisungsverfügung, an die Stadtkasse zu entrichten.
- (5) Besteht die Gebührenpflicht nicht während des gesamten Monats, wird der einzelne gebührenpflichtige Tag mit 1/30 der Monatsgebühr berechnet.

Einzugs- und Auszugstag werden jeweils als voller Tag berechnet. Am Tage der Verlegung von einer Unterkunft in eine andere ist nur die Tagesgebühr für die neue Unterkunft zu entrichten. Zuviel entrichtete Gebühren werden erstattet. Vorübergehende Abwesenheit entbindet nicht von der Verpflichtung zur Gebührensatzung und Entrichtung von Verbrauchskosten.

- (6) Bei Zahlungsverzug erfolgt die Beitreibung der Gebühren nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen kostenpflichtig zu Lasten des Schuldners/der Schuldnerin.

§ 8 Benutzungsgebühren

- (1) Die Benutzungsgebühr wird nach der Grundfläche der zugewiesenen Räume zuzüglich anteiliger Gemeinschaftsflächen, aufgerundet auf volle Quadratmeter, berechnet.

- (2) Die Benutzungsgebühren betragen je Person und Monat in den Übergangsheimen:

Jägerortstraße 21/23	=	92,70 €
Steinbrinkstraße 9/9a	=	92,70 €
Bredenstraße 16	=	92,70 €

- (3) Die Benutzungsgebühren betragen je Person und Monat in den Notunterkünften:

Schulgarten 19	=	92,70 €
Möllberger Straße 43 A	=	92,70 €

§ 9 Verbrauchsabhängige Betriebskosten

- (1) Neben den Benutzungsgebühren (§ 8 Abs. 2) sind von den Benutzern/ Benutzerinnen, die der Stadt entstehenden verbrauchsabhängigen Betriebskosten (Verbrauchskosten) als weitere Gebühr zu entrichten.

- (2) Die Verbrauchskosten betragen pro Person und Monat in den Übergangsheimen

Jägerortstraße 21/23	=	91,23 €
Steinbrinkstraße 9/9a	=	91,23 €
Bredenstraße 16	=	91,23 €

- (3) Die Verbrauchskosten betragen pro Person und Monat für die Notunterkünfte:

Schulgarten 19	=	91,23 €
Möllberger Straße 43 A	=	91,23 €

Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung für das Übergangsheim Schulgarten 19 vom 20.04.1989 und die entsprechende Gebührensatzung vom 20.09.1990 sowie die Satzungen für die Übergangsheime Steinbrinkstr. 9 und 9a, Herforder Str. 20, Königstr. 1 vom 06.11.1990 und 25.09.1991 und die Satzung für die Übergangsheime Valdorfer Str. 110 und 112, Jägerortstr. 21 und 23, Bredenstr. 16 vom 14.04.1992 mit der entsprechenden Gebührensatzung vom 17.02.1993 außer Kraft. Aufgehoben wird gleichzeitig die Satzung für die Notunterkünfte Buhnstr. 60 und Jägerortstr. 20 vom 20.12.1990 in der Fassung vom 17.02.1993.

Die Satzung ist am 01.01.1994 in Kraft getreten.

*) Die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung der Übergangsheime und Notunterkünfte für Aussiedler/-innen und ausländische Flüchtlinge der Stadt Vlotho vom 15.12.1993 wurde geändert durch:

1. Änderung vom 19.12.1996 - 2. Satzung vom 19.12.1996 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.1997)
2. Änderung vom 09.12.1997 - 3. Satzung vom 09.12.1997 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.1998)
3. Änderung vom 07.12.1998 - 4. Satzung vom 07.12.1998 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.1999)
4. Änderung vom 21. Dezember 1999 - 5. Satzung vom 21. Dezember 1999 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2000)
5. Änderung vom 21. Dezember 2000 – 6. Satzung vom 21. Dezember 2000 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2001)
6. Änderung vom 17. Dezember 2001 – 7. Satzung vom 17. Dezember 2001 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho und zur Anpassung von Satzungen und Entgelttarifen der Stadt Vlotho an den Euro (in Kraft seit 01.01.2002)
7. Änderung vom 16. Dezember 2002 – 8. Satzung vom 16. Dezember 2002 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft ab 01.01.2003)
8. Änderung vom 08. Dezember 2003 – 9. Satzung vom 08.12.2003 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft ab 01.01.2004)
9. Änderung vom 20.12.2004 – 12. Satzung vom 20.12.2004 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2005)
10. Änderung vom 07.12.2005 – 13. Satzung vom 07.12.2005 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2006)
11. Änderung vom 18.12.2006 – 14. Satzung vom 18.12.2006 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2007)
12. Änderung vom 18.12.2006 – 15. Satzung vom 18.12.2006 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2007)

13. Änderung vom 14.12.2007 – 16. Satzung vom 20.12.2007 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2008)
14. Änderung vom 12.12.2008 – 17. Satzung vom 15.12.2008 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2009)
15. Änderung vom 18.12.2009 – 18. Satzung vom 22.12.2009 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2010)
16. Änderung vom 7.12.2010 – 19. Satzung vom 9.12.2010 zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2011)
17. Änderung vom 7.12.2011 – 20. Satzung vom 7.12.2011 zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2012)
18. Änderung vom 6.12.2012 – 21. Satzung vom 6.12.2012 zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2013)
19. Änderung vom 3.12.2013 – 22 Satzung vom 3.12.2013 zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2014)
20. Änderung vom 21.11.2014 - 23. Satzung vom 21.11.2014 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen, der Hauptsatzung, Friedhofssatzung sowie der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2015)
21. Änderung vom 25.06.2015 – 24. Satzung vom 25.06.2015 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.04.2015)
22. Änderung vom 21.12.2015 – 25. Satzung vom 21.12.2015 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen sowie der Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuern der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2016)
23. Änderung vom 19.12.2016 - 26. Satzung vom 19.12.2016 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2017)
24. Änderung vom 19.12.2017 - 27. Satzung vom 19.12.2017 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2018)
25. Änderung vom 17.12.2018 - 28. Satzung vom 17.12.2018 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2019)
26. Änderung vom 19.12.2019 – 29. Satzung vom 19.12.2019 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2020)
27. Änderung vom 22.12.2020 – 30. Satzung vom 22.12.2020 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2021)
28. Änderung vom 17.12.2021 – 31. Satzung vom 17.12.2021 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2022)
29. Änderung vom 16.12.2022 – 32. Satzung vom 16.12.2022 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2023)
30. Änderung vom 15.12.2023 – 33. Satzung vom 15.12.2023 zur Änderung von Beitrags- und Gebührensatzungen der Stadt Vlotho (in Kraft seit 01.01.2024)